2010/49 Dossier

https://shop.jungle.world/artikel/2010/49/das-ende-des-antifaschismus

Abdruck aus: »Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des ›realen Sozialismus‹«

Das Ende des Antifaschismus

Von **Jan-Georg Gerber**

Weil er den Kampf gegen den Nationalsozialismus mit dem zukunftsfrohen Optimismus der Arbeiterbewegung vermischte, war der Antifaschismus untrennbar mit dem Glauben an den fortschrittlichen Charakter »der Massen« verbunden. Noch heute bemüht sich die traditionalistische Linke darum, die Überzeugungen des Kalten Krieges in die neue Zeit hinüberzuretten.

Bei einem Vortrag Mitte 1991 erklärte Jan Philipp Reemtsma, dass die Sowjetunion 1989/90 von linker Seite noch einmal kurzzeitig »unter Angabe der Konten 33 33 33 und 41 41 41« beschenkt worden sei. Damit spielte er auf eine Neudefinition der Sowjetunion an, die in den Jahren 1933 bis 1945 erfolgt war. Wegen der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, der Appeasement-Politik gegenüber dem »Dritten Reich« und der unerwarteten Niederlage Frankreichs im Mai 1940 schienen die liberalen Demokratien vor dem Nationalsozialismus kapituliert zu haben. Obwohl der Antifaschismus nach der Abkehr der Kommunisten von der Sozialfaschismusthese in erster Linie um die Verteidigung der liberalen Demokratie bemüht war, verschmolz in diesem Konzept die Erinnerung an die Oktoberrevolution mit dem Kampf gegen den Nationalsozialismus. Der Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus benötigte, wie Enzo Traverso vor einigen Jahren schrieb, in den Jahren 1933 bis 1945 »einen Hoffnungsschimmer, eine emanzipatorische und universelle Idee, die das Land der Revolution von 1917 zu eröffnen schien«. Das Konzept des Antifaschismus wurde so zu einem Statthalter des Glaubens an einen logisch-vernünftigen Gang der Geschichte, der mit der Machtübernahme der Nazis längst in Frage gestellt worden war. Ganz im Sinn der Vorstellung eines roten Fadens der Geschichte hatte die KPD schon 1933 inoffiziell die Parole »Nach Hitler – wir!« ausgegeben; Georgi Dimitroff rationalisierte den Faschismus wenig später als Treppenstufe auf dem Weg zum Kommunismus: Der Faschismus sei eine »Folge des Niederganges des kapitalistischen Systems« und würde ganz logisch und gesetzmäßig zu seiner eigenen »Zersetzung« beitragen.

Mit dem Sieg der Roten Armee über Nazideutschland schien sich für die Freunde der

Sowjetunion nicht nur die These vom logisch-vernünftigen Gang der Geschichte zu bestätigen. Durch den Kampf gegen die Nazis, den hohen Blutzoll, den die Kommunisten im Widerstand gezahlt hatten, und die Einnahme Berlins durch die Rote Armee wurde zugleich die Erinnerung an die Stalinisierung, die Moskauer Prozesse und den Hitler-Stalin-Pakt überlagert.
Aufgrund seiner Verbindung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus mit dem linken Glauben an einen roten Faden der Geschichte bot das Konzept des Antifaschismus nach 1945 außerdem eine Orientierungssicherheit, die weit über die rückwirkende Identifikation mit dem antifaschistischen Widerstand hinausging. So waren 1942 im Exil die ersten Nachrichten über den Massenmord an den Juden eingetroffen. Ist der Glaube an einen logisch-vernünftigen Gang der Geschichte schon mit der proletarischen SA in Mitleidenschaft gezogen worden, lässt sich spätestens seit Auschwitz kein Zusammenhang mehr zwischen Geschichte und Vernunft herstellen. Mit Auschwitz war eine Auffassung der Verknüpfung von Geschichte und Vernunft dementiert worden, die die nichtidentischen historischen Momente schon vorher nur schlecht durch die Formel von der »List der Geschichte« zu rationalisieren wusste. Warum Auschwitz eine notwendige Voraussetzung für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen sein soll, ist mit den Mitteln der Vernunft auch beim besten Willen nicht zu erklären.
Der Antifaschismus, der seine volle Wirkung erst nach 1945 entfaltete, dürfte einerseits einer der Faktoren gewesen sein, die den linken Blick auf Auschwitz verstellten und dazu beitrugen, dass das Wissen über den Massenmord nur selten in ein Begreifen umschlug: Aufgrund seiner Einbindung in den Dualismus von Fortschritt und Reaktion bot er nur Platz für die Kategorie des »Kampfes«, nicht aber die Vernichtung; für diejenigen, die aufgrund ihrer Überzeugung, nicht aber um ihrer selbst willen ermordet worden waren. Andererseits lieferte das Konzept des Antifaschismus die Möglichkeit, die eigenen Ahnungen über die Auswirkungen des Massenmordes zu verdrängen und sich das zukunftsfrohe Weltbild der Arbeiterbewegung anzueignen. Mit seiner Hilfe konnte der Geschichte allen Dementis zum Trotz noch einmal Sinn verliehen werden; die Opfer des Nationalsozialismus konnten geschichtsphilosophisch rationalisiert und zu »Siegern der Geschichte« umgelogen werden. Der Antifaschismus gestattete es, mit anderen Worten, über das Ereignis hinwegzugehen, das die linken Auffassungen von Geschichte, Fortschritt und Dialektik in Frage gestellt hatte.

The German Problem

Hatte sich die Hoffnung der kommunistischen Emigranten und Lagerhäftlinge angesichts der Ignoranz, mit der die deutschen Proleten auf die Aufrufe zur Niederlegung der Waffen reagierten, spätestens seit Stalingrad auf das Vorgehen der Roten Armee und, wenn auch in der Regel nachgeordnet, der amerikanischen und britischen Truppen reduziert, wurden die Deutschen nach dem Krieg wieder retrospektiv in die internationale Einheitsfront des Antifaschismus eingemeindet. Dieses Vorgehen war nur möglich, weil das Konzept des Antifaschismus stets mehr als die bloße Gegnerschaft zu den Nazis beinhaltete: Aufgrund seiner Verknüpfung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus mit dem zukunftsfrohen Optimismus der Arbeiterbewegung war der Antifaschismus untrennbar mit deren Pseudomaterialismus (Motto: »Es geht ums große Geld!«) und ihrem Glauben an den fortschrittlichen Charakter »der Massen« verbunden. Georgi Dimitroffs Rede auf dem VII.

Weltkongress der Komintern, in der das Konzept des Antifaschismus seinen zentralen programmatischen Ausdruck fand, basierte dementsprechend auf zweierlei: der Verniedlichung des Nationalsozialismus zu einer Diktatur einer kleinen Clique über die Bevölkerung und der weitgehenden Ausblendung der Massenbasis des Nationalsozialismus. Die nachträgliche Eingemeindung der Deutschen in die Einheitsfront des Antifaschismus, die vor diesem Hintergrund erfolgte, bot die Möglichkeit, den Widerspruch zwischen den Erfahrungen der deutschen Bevölkerungsmehrheit und dem Selbstverständnis der aus den Lagern befreiten oder dem Exil zurückgekehrten Linken zu kaschieren. Durch die eindeutigen Schuldzuweisungen an die »300 deutschen Plutokraten« (Walter Ulbricht), die das eigene Volk »missbraucht« und »verführt« hätten, wurde die NS-Zeit schließlich als eine Art Fremdherrschaft präsentiert – so als gehöre das »Dritte Reich« gar nicht zur Vorgeschichte der eigenen Gesellschaft. Die Wünsche großer Teile der Bevölkerung nach Entschuldung ergänzten sich hier fast idealtypisch mit den Versuchen der KPD/SED, die verheerende Niederlage der Jahre 1933 ff. und die Enttäuschung über die Landsleute zu verdrängen und an den zukunftsfrohen Optimismus der zwanziger Jahre anzuknüpfen.
Diese Mischung aus der Verdrängung von Schuldgefühlen, der Enttäuschung über das Verhalten der Deutschen, der Präsentation eindeutig Schuldiger und der Vermeidung einer Debatte über die eigenen Handlungen in der Nazizeit war einer der Gründe für die Attraktion, die das antifaschistische Weltbild auch im Westen genoss, weit über die 1956 verbotene KPD und ihre halboffizielle Nachfolgepartei DKP hinaus. Denn auch wenn sich das Problem der Staatwerdung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik nicht stellte, befand sich die westdeutsche Linke in einem ähnlichen Dilemma wie die SED in der DDR: Sie bemühte sich darum, als Interessenvertretung einer Bevölkerung anzutreten, die wenige Jahre zuvor noch begeistert hinter ihren Blockwarten hergelaufen war. Abgesehen von wenigen Ausnahmen aus dem linkssozialistischen Lager war die Linke dementsprechend bestrebt, die eigenen politischen Traditionen ungebrochen in die Nachkriegszeit hinüberzuretten: So lesen sich die gewerkschaftlichen Debatten um betriebliche Mitbestimmung in der frühen Bundesrepublik wie die Fortführung der großen Sozialisierungsdiskussionen der Weimarer Republik; die Linkssozialisten gaben die Neuauflage der Auseinandersetzungen zwischen SAPD, KPD/O, Luxemburg, Lenin, Lukács oder Korsch.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Seine zentrale Wirkung entfaltete der Antifaschismus allerdings aufgrund seiner Brückenfunktion zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Für diese Verbindung steht symbolisch der Mauerbau 1961. Das Jahr 1961 steht nicht nur für die Hochphase des Kalten Krieges, sondern verweist zugleich auf einen Symbolgehalt der DDR, der seinen Ausdruck in der Rede vom »antifaschistischem Schutzwall«, der offiziellen Bezeichnung der Mauer, findet. Diese Propagandaformel symbolisiert die Rückverlängerung der Konfliktlinien des Kalten Krieges in den Zweiten Weltkrieg; sie verbindet das Jahr 1961 mit dem Jahr 1935, dem Jahr, in dem Georgi Dimitroff das klassische Konzept des Antifaschismus und der Volksfront als neue offizielle Linie der Komintern vorstellte. So sah sich die DDR in einer doppelten Frontstellung: einerseits im Kalten Krieg gegen die Bundesrepublik und das westliche Bündnis, andererseits im darüber verlängerten Zweiten

Weltkrieg gegen »den Faschismus«. Soll heißen: Mit der Gründung der DDR wurden die mehr imaginierten als realen Konfliktlinien aus der Zeit des Nationalsozialismus – Arbeiterklasse versus Bourgeoisie – an der deutsch-deutschen Grenze neu ausgerichtet und territorialisiert; die deutsche Geschichte wurde aufgespalten und in ihren antagonistisch erscheinenden Teilen in den jeweiligen Staaten verankert. Die DDR beschrieb sich dabei als antifaschistische deutsche Nation, in der sich in Verlängerung über den Widerstandskampf gegen Hitler alle vermeintlich positiven Traditionen der deutschen Geschichte vereinigt hätten; die Bundesrepublik erschien dagegen als Verlängerung des »Dritten Reiches« in die Zeit des Kalten Krieges hinein. Dank dieser Aufspaltung der deutschen Geschichte konnte der vergangene »Kampf gegen den Faschismus« nahtlos in die Angriffe gegen die Bundesrepublik übergehen. Der antifaschistische Kampf, der in der DDR regelmäßig beschworen wurde, hatte dabei immer weniger mit der Nazi-Vergangenheit als mit dem Kalten Krieg zu tun. »›Widerstand‹ gegen Krieg und Faschismus«, so Jeffrey Herf, »bedeutete jetzt die Ablehnung der westdeutschen Wiederbewaffnung; das Engagement im Kalten Krieg galt als Akt der Vergangenheitsbewältigung, und der Begriff ›Faschismus‹ bezog sich ebenso sehr auf die Bundesrepublik der fünfziger Jahre wie auf die NS-Vergangenheit.«
Dieses Verschwimmen von Vergangenheit und Gegenwart wurde letztlich durch eine Vorstellung von den gesellschaftlichen Mindestbedingungen ermöglicht, die erfüllt sein müssen, um eine Wiederkehr »des Faschismus« zu verhindern: die Entmachtung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Eliten. Auf diese Vorstellungen, die in Brechts Warnung aus der »Kriegsfibel« von 1955 manifest werden, dass der »Schoß«, aus dem der Faschismus »kroch«, noch fruchtbar sei, griffen selbst diejenigen aus der westdeutschen Linken zurück, die der orthodoxen marxistisch-leninistischen Agententheorie (Faschismus als Agent des Finanzkapitals) kritisch gegenüberstanden. So fand die Forderung nach einer Enteignung des Großkapitals und der Träger des alten bürgerlichen Staates, die sich aufgrund ihrer Kooperation mit der NSDAP tatsächlich zu einem nicht unerheblichen Teil diskreditiert hatten, unmittelbar nach 1945 sogar bis weit in bürgerliche Kreise hinein große Anerkennung. Eberhard Schmidts bekannte Kritik der »verhinderten Neuordnung« der westdeutschen Wirtschaft nach 1945 erhielt nicht nur in Kreisen Beifall, die die Zerstörung der ökonomischen und sozialen Wurzeln des Faschismus mit der Errichtung des Sozialismus in eins setzten. Sie wurde auch im linksliberalen und liberalen Milieu zustimmend aufgegriffen.
Dennoch war die Kritik an der Verhinderung einer »Stunde Null« in kommunistischen, sozialistischen und autonom-spontaneistischen Kreisen besonders stark ausgeprägt: Die KPD, ihre halboffizielle Nachfolgepartei DKP und auch die diversen maoistischen K-Gruppen, die seit den späten sechziger Jahre entstanden, begriffen die Bundesrepublik aufgrund der ausgebliebenen Entmachtung der Monopolbourgeoisie ohnehin in Übereinstimmung mit der marxistisch-leninistischen Agententheorie als faschistisches Regime im Wartestand. Aber auch die diversen Fraktionen des Linkssozialismus – vom Kreis um Wolfgang Abendroth bis hin zu Fritz Lamms Funken –, die auf eine etwas anspruchsvollere Erklärung des Nationalsozialismus zurückgriffen, kamen schon nach der linken Niederlage im Kampf um die betriebliche Mitbestimmung 1953/54 zu einem Urteil, das die verschiedenen Gruppierungen der ML-kritischen Linken bis in die achtziger Jahre hinein vereinen sollte: Im Kampf um die gesellschaftliche Vorherrschaft zwischen 1945

und 1954, so fasste Gregor Kritidis dieses Urteil kürzlich zusammen, hätte sich mit Hilfe der Alliierten das Großbürgertum im Bündnis mit kleinbürgerlichen Kräften durchgesetzt – eben »jene Koalition sozialer Kräfte, die bereits die soziale Basis des Faschismus gebildet« hätten. Damit hatte sich, so Kritidis, der Faschismus in den Augen der diversen Fraktionen des Linkssozialismus zumindest »klassenanalytisch gesehen« sozial wieder hergestellt, allerdings – und um den Stellenwert dieses »allerdings« wurden unzählige Debatten geführt – »im formal-demokratischen Rahmen mit einer klerikal gefärbten, antikommunistischen Integrationsideologie und auf Basis einer anziehenden Konjunktur«. Die DDR schnitt bei der Bekämpfung dieser »ökonomischen« und »politischen« Wurzeln des Nationalsozialismus weitaus besser ab als die Bundesrepublik. Hier war, wie es in einem regelmäßig wiederholten Mehrteiler des DDR-Fernsehens hieß, »Krupp« durch »Krause«, der Kanonenkönig durch einen einfachen Arbeiter ersetzt worden, der vom Lehrling in Essen zum Generaldirektor des Magdeburger Ernst-Thälmann-Werkes aufgestiegen war. Solche filmischen Hagiografien des KPD-Geschichtsbildes, die Kampagnen gegen Konrad Adenauers Staatssekretär Hans Globke oder die Veröffentlichung des bekannten »Braunbuches« hatten zweifellos propagandistischen Charakter: Nachdem SED-Propagandachef Albert Norden 1957 auf einer Pressekonferenz eine Dokumentation vorgestellt hatte, in der Richter und Staatsanwälte aus der NS-Zeit genannt wurden, die ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik weiterhin ausübten, veröffentlichte der Westberliner »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen« dementsprechend im folgenden Jahr die erste von fünf Ausgaben der Broschüre »Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten«, in der die Namen dutzender NSDAP-Mitglieder genannt wurden, die inzwischen wichtige Funktionen in der DDR übernommen hatten. Weder ihre Tätigkeit im »Dritten Reich« noch ihre Funktionen in der SED entsprachen allerdings den Karrieren, die die DDR in ihren Publikationen über Naziverbrecher in der Bundesrepublik zusammentragen konnte. Da sowohl die Vorwürfe der DDR an die Bundesrepublik als auch ihre Verweise auf die eigene Entnazifizierungspolitik auf eine größere empirische Basis zurückgreifen konnten als die entsprechenden Nachforschungen von westlicher Seite, konnten sie eine mehr als propagandistische Wirkung entfalten. Auch die Tatsache, dass fast alle Spitzenfunktionäre der DDR Gegner der Nazis gewesen und nicht wenige von ihnen verfolgt worden waren, verlieh dem Antifaschismus der DDR eine gewisse Glaubwürdigkeit. Aufgrund der weitgehenden Säuberung des öffentlichen Lebens von früheren Nazis – wenn auch mit erheblichen Ausnahmen wie der Ärzteschaft –, vor allem aber aufgrund der viel zitierten Ablösung von »Krupp« durch »Krause« schien die DDR, wie Cora Stephan kurz nach dem Fall der Mauer schrieb, in Hinblick auf eine Wiederkehr des Vergangenen »über jeden Verdacht erhaben – nicht aber der kapitalistische Westen«.

Diese unterstellte Prädisposition der Bundesrepublik für einen »neuen Faschismus« machte die untergründige Anziehungskraft aus, die die DDR auch auf die SED-kritische Linke im Westen ausübte; sie war eine Art subkutanes Band, das sie mit der DDR verband. Die entsprechenden Vorstellungen ermöglichten es der westdeutschen Linken nicht nur, den eigenen Kampf für betriebliche Mitbestimmung, gegen Wiederbewaffnung, Berufsverbote usw. unter dem moralisch hochgradig aufgeladenen Markenzeichen des antifaschistischen Kampfes zu führen, quasi als nachholenden Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Trotz aller Kritik, die weite Teile der Westlinken am SED-Regime

übten, erschien die DDR, betrachtet durch die Faschismusschablone, darüber hinaus als die Verkörperung jenes »anderen«, das heißt: »besseren« Deutschland, das schon in der Zeit des Exils immer wieder beschworen worden und mangels Resonanz unter den Bewohnern des »Dritten Reiches« in den Emigranten selbst stofflich geworden war. Angesichts der – mehr geahnten als reflektierten – Monstrosität der deutschen Verbrechen entwickelte diese Schablone eine Wirkungsmacht, die andere Maßstäbe, die die Linke im internationalen Rahmen zumindest theoretisch anlegte, im deutsch-deutschen Kontext mindestens in den Hintergrund treten ließ. Bei aller Kritik am »Verrat des Sozialismus«, der der SED von westdeutschen Linken immer wieder vorgeworfen wurde, erschien die DDR im Unterschied zur Bundesrepublik immerhin als Hort des Antifaschismus.

Das Ende der DDR

Die DDR war aufgrund ihrer antifaschistischen Selbstlegitimation, und darin ist ihre Bedeutung auch für die verschiedenen Fraktionen der Westlinken zu suchen, die self-fulfilling prophecy des linken Begriffs von Geschichte – nämlich des Zusammenhanges von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – im Allgemeinen und der deutschen Geschichte im Besonderen. Jenseits aller Kritik am Realsozialismus war die bloße Existenz des Arbeiter- und Bauernstaates Rückversicherung für die Richtigkeit des eigenen Legitimationszusammenhanges. Das linke Selbstverständnis in der Bundesrepublik – egal welcher Provenienz – konnte, wie Dan Diner Anfang der neunziger Jahre schrieb, »vom Vergehen der DDR insofern nicht unberührt bleiben«: »Es scheint, als gehe vom verfallenen Gesellschaftskörper der DDR und seiner historischen Rechtfertigung – dem Antifaschismus – ein Leichengift aus, das all jene affiziert, die – wie idiosynkratisch auch immer – sich jenem Legitimationszusammenhang zuordneten.« Der Zusammenbruch des staatlich inkarnierten Antifaschismus wirkte umso einschneidender, als seine ohnehin brüchigen Begründungsmuster schon seit den siebziger Jahren immer weniger griffen: In der DDR war die Generation der antifaschistischen Widerstandskämpfer langsam im Rückzug begriffen, in der Bundesrepublik waren die alten Nazis nach und nach in den Ruhestand getreten.

Je poröser die Begründungsmuster des Antifaschismus wurden, umso stärker musste er identitär besetzt werden. Dies war nach dem Zusammenbruch der DDR nicht mehr ohne weiteres möglich. Mit dem Untergang des staatlichen Antifaschismus und dem Ende des Kalten Krieges, der die Erinnerung an den gemeinsamen Kampf der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gegen den Nationalsozialismus eingekapselt hatte, wurde plötzlich der Blick auf die Vorgeschichte des Kalten Krieges freigegeben. Der Antifaschismus zeigte auch für einen Teil derjenigen, die sich bis zum Ende der DDR auf ihn bezogen hatten, seinen ideologischen Charakter; die Imprägnierschicht, die auch in den Jahren der Entspannung immer durchlässiger geworden war, zerfiel. Die Erkenntnisschübe, die in dieser Zeit bei einem Teil der Linken einsetzten, hatten nicht umsonst Ähnlichkeiten mit denen, die einige marginalisierte Intellektuelle in der Zeit des Exils und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren erfahren hatten. In seinem damals viel diskutierten Artikel »Weshalb die Linke anti-deutsch sein muss« – dem heimlichen Initiationstext des Begriffes »antideutsch« – erklärte Jürgen Elsässer exemplarisch, dass die Spezifik des »deutschen Faschismus« darin bestanden habe, dass er »nicht ausschließlich als Strategie des Kapitals erklärt werden kann, sondern erheblich von der Bevölkerung unterstützt wurde«. »Als

Träger des NS-Staates«, so Elsässer, »sehe ich ein nationalistisch-rassistisches klassenübergreifendes Bündnis unter der Hegemonie des Großkapitals«. Diese Aussage klingt nicht nur aufgrund des marxistisch-leninistischen Vokabulars, von dem sich Elsässer nie wirklich verabschieden konnte, kurios. Sie erscheint auch skurril, weil sie in eine andere Zeit gehört. So erinnern zahlreiche antideutsche Texte der frühen neunziger Jahre teilweise bis in den Wortlaut hinein an Artikel, die im mexikanischen und britischen Exil der KPD oder im Kontext der »Fight for Freedom«-Gruppe in Großbritannien, einem Sammelbecken dissidenter Sozialdemokraten, entstanden waren. Sie erinnern, mit anderen Worten, an die damaligen Versuche, die Kategorien des Marxismus der Zweiten und Dritten Internationale mit dem Wissen um Auschwitz zu vermitteln – mit der Ahnung also, dass diese Kategorien ein Dementi erfahren hatten. Die über die Stellung des Holocaust in der deutschen Geschichte geführte linke Debatte, die, abgesehen von einigen Vorläufern in den achtziger Jahren (Wolfgang Pohrt, Eike Geisel usw.), erst mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung begann, war die Fortführung einer Debatte, die in den vierziger Jahren aufgrund des aufziehenden Kalten Krieges repressiv abgebrochen worden war: Die Rede ist von den Auseinandersetzungen zwischen den Symbolfiguren Walter Ulbricht und seinem Kontrahenten Paul Merker, der den Holocaust ab 1943 langsam ins Zentrum seiner Analyse des Nationalsozialismus rückte; oder, auf der Ebene der Intellektuellen, zwischen Hanns Eisler und Theodor W. Adorno: Adorno und Eisler, der spätere Komponist der Nationalhymne der DDR, waren seit den zwanziger Jahren miteinander befreundet, rückten im kalifornischen Exil noch enger zusammen – hier war Eisler im weitesten Sinn in Adornos und Horkheimers Diskussionen über das Projekt einer »Flaschenpost« involviert – und wurden durch den Kalten Krieg schließlich auseinandergerissen.

Die Zeitverzögerung, mit der diese Debatte fortgesetzt wurde, dürfte allerdings für einige der Verschiebungsleistungen in der damaligen antideutschen Wahrnehmung der Wiedervereinigung verantwortlich gewesen sein: So gruppierte sich die Linke nach 1989 nicht nur mit einer vierzigjährigen Verspätung um. Entscheidend dafür waren die Fragen, die im kurzen Zeitraum zwischen 1945 und 1947/48, der Zeit des Nicht-Mehr des Zweiten Weltkrieges und des Noch-Nicht des Kalten Krieges, aufgeworfen worden waren: die Frage nach der Bedeutung des Holocaust, der Positionierung gegenüber Israel und des Verhältnisses zu »Volk« und Nation. Angesichts der doppelten Überforderung durch das Ende des Kalten Krieges und den Untergang der DDR wurden die Ereignisse 1989 ff. von antideutscher Seite vielmehr mit Kategorien analysiert, die an den Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 gebildet worden waren. Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit schob sich nicht nur klarer ins Bewusstsein, sondern gerade der Teil der Linken, der Auschwitz langsam ins Zentrum seines Blicks auf den Nationalsozialismus rückte, sah sich in diese Vorgeschichte zurückversetzt.

Dieser Wahrnehmung kam zweifellos die Tatsache entgegen, dass diese Vorgeschichte im nationalen Kontext ebenfalls aufgerufen wurde: Auf der einen Seite bemühte sich das wiedervereinigte Deutschland verstärkt darum, die Erinnerung an die Ereignisse vergehen zu lassen, die den positiven Bezug auf die Nation bis dahin verhindert hatten. So wurde – ein Beispiel von vielen – 1990 über mehrere Monate hinweg darüber diskutiert, den 9. November zum »Tag der deutschen Einheit« zu machen, womit die Erinnerung an die Pogromnacht von 1938 ganz offiziell in den Schatten des Mauerfalls gerückt worden wäre.

Auf der anderen Seite wurden in diesen Versuchen und durch diese Versuche genau die Traditionen aufgerufen, die die Vergangenheit eben nicht vergehen lassen wollen: Auf dem Balkan knüpfte das Auswärtige Amt im Affront gegen die früheren Westalliierten bald an ein traditionelles Axiom der deutschen Außenpolitik an und setzte auf das Prinzip ethnisch grundierter nationaler Selbstbestimmung. Und im Kontext einer parteiübergreifenden Kampagne gegen das Asylrecht kam es in den Jahren 1991 bis 1993 zu einer bis dahin in der Bundesrepublik beispiellosen Welle ausländerfeindlicher Pogrome. Vor diesem Hintergrund, der in linken Kreisen Erinnerungen an die Spätphase der Weimarer Republik aufkommen ließ, betrieb ein Teil der »Nie wieder Deutschland«-Fraktion eine Art Spiegelspiel und beschrieb die zeitgenössischen Entwicklungen mit der Parole vom »Vierten Reich«. Analog dazu bemühte er sich, die historischen Bündnispartner aus der Zeit des Nationalsozialismus zu reaktivieren: Im Umfeld der im April 1989 gegründeten Sammlungsinitiative »Radikale Linke«, der zentralen Trägerin der linken Proteste gegen die Wiedervereinigung, wurde Anfang 1990 vorgeschlagen, einen offenen Brief westeuropäischer Parlamentarier an Michail Gorbatschow zu lancieren, in dem dieser um die »volle Ausschöpfung der alliierten Kontrollrechte zur maximalen Fesselung des deutschen Imperialismus« gebeten und darauf hingewiesen werden sollte, dass sich der »antifaschistische Kampf gegen Deutschland« in der Vergangenheit weit besser bewährt habe »als Appeasement-Vereinbarungen und Nicht-Angriffs-Pakte«. Im Kommunistischen Bund (KB) wurde darüber diskutiert, die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, die bekanntlich schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zerbrochen war, aufzufordern, ihre Truppen in beiden deutschen Staaten zu verstärken: Nur eine »Vollbremsung der Alliierten« könne den Durchbruch des deutschen Imperialismus zu einem »Vierten Reich« noch verhindern. Und bei einer Leitungssitzung des KB wurde darüber diskutiert, das Bündnis zwischen US-Army und Roter Armee noch einmal in neuer Form zu schweißen: Die deutsche »Rote Armee«, die »Rote Armee Fraktion«, sollte gebeten werden, gegenüber den »Alliierten« einen Waffenstillstand einzuhalten, wenn sie sich den deutschen Einheitsbestrebungen widersetzen würden. (Der Vorschlag stieß innerhalb des Bundes dann allerdings doch auf Ablehnung; die RAF gab im Februar 1991 250 Schüsse aus einem Sturmgewehr auf die US-amerikanische Botschaft in Bonn ab.)

Im Unterschied dazu bemühte sich die traditionalistische Linke darum, die Überzeugungen des Kalten Krieges in die neue Zeit hinüberzuretten. Je deutlicher der Antifaschismus seinen ideologischen Charakter offenbarte, je fluchtartiger sich die Mehrheit der Linken mit dem Ende des Ostblocks und dem Untergang des staatlich inkarnierten Antifaschismus der DDR ins Private zurückzog, umso stärker krallte sich der Rest der traditionellen Linken am klassischen Konzept des Antifaschismus fest. Während der Antifaschismus, den mit dem Ende der DDR die Antideutschen für sich entdeckten, mit dem traditionellen Antifaschismus des Kalten Krieges bald kaum mehr als den Namen gemein hatte und in realitas ein nachholender Anti-Nazismus war – bis von Antideutschen eine Kritik am Simulationscharakter des »antideutschen Antifaschismus« der frühen neunziger Jahre geübt wurde, vergingen dann allerdings auch noch ein paar Jahre –, knüpfte die traditionalistische Linke nahtlos an die Jahre vor 1989 an. Die doppelte Frontstellung der DDR im Kalten Krieg und im darüber verlängerten Zweiten Weltkrieg dürfte der Grund dafür gewesen sein, warum sich zwischen November 1989 und Mai 1990 plötzlich auch mao-stalinistische Organisationen wie die MLPD, die in den gesamten siebziger und

achtziger Jahren vehement für die deutsche Wiedervereinigung eingetreten waren, für die weitere Souveränität der DDR aussprachen. Gerade der Zeitpunkt dieses Kurswechsels machte die Parteinahme allerdings wieder prekär – und sorgte wenige Monate später für eine erneute Kehrtwende. Denn in dem Maß, in dem die traditionelle Linke bestritt, dass die deutsche Teilung, wie sehr auch immer vermittelt, im Zusammenhang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus stand, und darüber hinaus unter Rückgriff auf den klassischen Antifaschismus erklärte, dass diese Verbrechen nicht mehr waren als die üblichen Kollateralschäden des Kapitalismus, wurde die eigene Gegnerschaft zur Wiedervereinigung unterhöhlt. Wenn die deutsche Zweistaatlichkeit, wie immer wieder erklärt wurde, ausschließlich ein Resultat des Kalten Krieges war, wenn die Verbrechen des Nationalsozialismus darüber hinaus nichts weiter waren als die üblichen Nebenwirkungen bürgerlicher Herrschaft: Warum sollten die beiden deutschen Staaten dann nach dem Ende des Kalten Krieges nicht wiedervereinigt werden? Um den klassischen Antifaschismus mit seiner Blindheit gegenüber dem Antisemitismus und dem nationalsozialistischen Zusammenspiel von »Mob und Elite« zu retten, musste der »antifaschistische Staat deutscher Nation« paradoxerweise geopfert werden. Zumindest symbolisch – immerhin war der reale Einfluss der Linken auf den Einigungsprozess mehr als gering. Unter diesem Gesichtspunkt erschienen die Rücknahme des »Neins« zur deutschen Einheit und der Übergang von der Gegnerschaft zur »kritischen Mitgestaltung«, zur Kritik der, wie es damals hieß, »unsozialen Folgen des Anschlusses«, die die Mehrheit der Linken seit März 1990 vollzog, durchaus konsequent.

Die Rettung des klassischen Antifaschismus machte allerdings auch einen weiteren Widerruf nötig. So kam das antifaschistische Weltbild nicht nur in Konflikt mit der antideutschen Analyse des Nationalsozialismus. Es sperrte sich auch gegenüber dem davon ausgehenden Blick auf die Gegenwart. Während der Teil der Linken, der sich mit 40 Jahren Verspätung auf die Seite Paul Merkers geschlagen hatte, in den zeitgenössischen Massenaufläufen vor dem Brandenburger Tor ein neues nationalsozialistisches »Bündnis von Mob und Elite« zu erkennen glaubte, sah sich die Traditionslinke gezwungen, mit der These vom »Bündnis von Mob und Elite« in der Zeit des Nationalsozialismus auch die historischen Analogien zur Zeit der Wiedervereinigung zurückzuweisen. So kam es, dass traditionelle Linke, die in den siebziger und achtziger Jahren jede Gesetzesverschärfung als »neuen Faschismus« kritisiert hatten, solche Gleichsetzungen plötzlich genau zu dem Zeitpunkt vehement zurückwiesen, zu dem auf internationaler Ebene Angst vor der Entstehung eines »Fourth Reich« (Margaret Thatcher, damals britische Premierministerin) geäußert wurde.

Diese Abschottung gegen Geschichte und Erinnerung funktionierte allerdings nicht komplikationslos. Die Erinnerung an den Nationalsozialismus verschafft sich in Deutschland bekanntlich auch auf den merkwürdigsten Umwegen Geltung. Als die »Revolutionären Zellen« im Zuge der Debatten um den neuen Regierungssitz zwei Brandsätze im Reichstagsgebäude deponierten, mussten sie im Nachhinein erst darauf aufmerksam gemacht werden, dass der brennende Reichstag eher für die vollkommene Niederlage der Linken und den Beginn des Nationalsozialismus als für den Kampf gegen eine »Bonzenmetropole« steht, den sie ihrem Bekennerschreiben zufolge damit initiieren wollten.

Spätestens während des Zweiten Golfkriegs 1990/91 zerfiel dieses Konglomerat aus linken

und nationalen Traditionen, Schuld- und Erinnerungsabwehr schließlich. Die traditionelle Linke, die in einer großen Protestöffentlichkeit aufgegangen war, simulierte am Golf mit verteilten Rollen den Zweiten Weltkrieg. Ein kleiner Teil der »Nie wieder Deutschland«-Fraktion bekundete erstmals seine Solidarität mit Israel; der Rest probte im großen Stil jenen antideutschen Antiimperialismus, der auch heute wieder beliebt zu werden scheint, und sprach sich trotz partieller Kritik an der Friedensbewegung gegen den Krieg aus. Die Mehrheit der Linken identifizierte in den Truppen der Operation »Desert Storm« hingegen einerseits die Anti-Hitler-Koalition: Linke Kriegsgegner verglichen den Angriff auf Bagdad mit der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg oder sprachen von »angloamerikanischen Bombengeschwadern«, die den Irak angreifen würden. Andererseits wollte sie in ihnen auch die Nazis erkennen: So sprach das Zentralorgan der DKP von einem »totalen Krieg« gegen den Irak; die Taz titelte mit der Überschrift »SA weitet Bombardierungen aus«, um am nächsten Tag augenzwinkernd nachzureichen, dass man das »U« selbstverständlich aus Versehen vergessen habe.
Historische Analogien haben allerdings ihre eigene Logik. In dem Maß, in dem die friedensbewegte Linke die Golfkriegsallianz sowohl mit den Nazis als auch mit der Anti-Hitler-Koalition gleichsetzte, setzte sie sich selbst unter antifaschistischem Vorzeichen an die Stelle des Volkssturms. Vor diesem Hintergrund fiel es schließlich auch kaum noch jemandem auf, als linke Kriegsgegner Anfang 1991, im Zuge der Diskussionen über die Bedrohung Israels, eine »Arbeitsgruppe Judenfrage« gründeten. Während die Existenz der DDR, ihrer Schutzmacht Sowjetunion und des Systems des Kalten Krieges dem antifaschistischen Weltbild zumindest noch einige schwache Anknüpfungspunkte in der Realität verschafft hatten, waren die Widersprüche, die von Anfang an im Konzept des Antifaschismus angelegt waren, mit deren Ende zu Aporien geworden. Das hinderte die Mehrheit der Linken allerdings nicht daran, den Antifaschismus nach dem Ende des Zweiten Golfkrieges wieder zu ihrer zentralen Spielwiese zu machen.

Redaktionell gekürzter Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags aus: Jan Gerber: Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des »realen Sozialismus«. Verlag Ça Ira, Freiburg 2010, ca. 300 Seiten, 20 Euro. Das Buch ist soeben erschienen.

© Jungle World Verlags GmbH